

Nr. 02/07 vom 01.03.2007

Der revidierte NAP II und die Folgen

BERLIN. Nach der Zurückweisung durch die Europäische Kommission hat das Bundesumweltministerium inzwischen den revidierten nationalen Allokationsplan für die zweite Emissionshandelsperiode vorgelegt. Die Folgen dieses Plans für die deutsche Wirtschaft waren Diskussionsthema im Rahmen des Arbeitskreises Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien.

Die Hintergründe und Inhalte des revidierten NAP II erläuterte Franzjosef Schafhausen, Leiter des Referates Grundsatzangelegenheiten, Umwelt und Energie, Klimaschutz im Bundesumweltministerium (BMU). Auch das BMU war nach Aussage Schafhausens überrascht von den Forderungen der Europäischen Kommission. Er forderte deshalb zukünftig ein transparenteres Verfahren. Nach dem revidierten NAP II soll nun die Gesamtmenge der Zertifikate für emissionspflichtige Anlagen von 482 auf 456,1 Mio t CO₂ pro Jahr gekürzt werden. Außerdem soll die Zuteilung der Zertifikate für den Bereich der Energiewirtschaft nicht mehr wie bisher auf Basis historischer Daten (Grandfathering) geschehen, sondern auf ein Benchmarksystem umgestellt werden. Für Neu- und Bestandsanlagen sollen einheitlich festgelegte Emissionswerte pro Produkteinheit auf Basis der besten verfügbaren Technik (BAT-Benchmarks) Anwendung finden. Anders als bisher geplant sollen die Regelungen des NAP II auf den Zeitraum bis 2012 beschränkt werden. In der ursprünglichen Fassung gab es dagegen die Regelung, dass für Neuanlagen 14 Jahre kein Erfüllungsfaktor angesetzt wird.

Der revidierte NAP II wurde vom Bundesumweltministerium erarbeitet, die abschließende Entscheidung über das Mengengerüst und die Allokationsregeln wird der Deutsche Bundestag mit der Verabschiedung des Zuteilungsgesetzes 2012 (ZuG 2012) im Laufe des Jahres 2007 treffen.

Auch innerhalb der Bundesregierung gibt es noch Diskussionen über die genaue Ausgestaltung des Gesetzes. Andreas Obersteller, Leiter der Unterabteilung Nachhaltige Energieversorgung, Energieeffizienz, Bergbau und mineralische Rohstoffe im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, wies darauf hin, dass ein Braunkohlenbenchmark notwendig sei. Auf die Braunkohle könne man in der Energieversorgung nicht verzichten und man dürfe ihre Existenz deshalb auch nicht gefährden. Das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium arbeiten an einem tragfähigen Zurechnungsmodell für eine entsprechende Entscheidung im Kabinett.

Die deutsche Industrie verurteilt die Folgen des revidierten NAP II scharf. Dr. Alfred Tacke, Vorsitzender der Geschäftsführung der Steag GmbH und

Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V., fand dazu deutliche Worte. Insbesondere durch den Wegfall der Regelungen nach 2012 sieht er keine Sicherheit mehr für mögliche Kraftwerksinvestitionen in Deutschland. Er verurteilte die NAP II – Politik der EU als eine „Gartenzwergpolitik“, die zu einer Verlagerung der CO2-Produktion und des Wirtschaftswachstums in das Ausland zugunsten einer heimischen Idylle führe. In der Klimaschutzpolitik sei die zukünftige Bilanz der EU negativ und könne global nicht ernst genommen werden, da sie weder umwelt-, wirtschafts- noch sozialpolitisch nachhaltig sein. Die geplante Energiepolitik bedeute für Deutschland die Verlagerung der energieabhängigen Bereiche der Industrie und einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Stromimporten und den damit verbundenen erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen.

Ernst Schwanhold, Leiter des Kompetenzzentrums Umwelt, Sicherheit und Energie der BASF AG und Mitglied des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien e.V., ergänzte diese Kritik am Beispiel der BASF AG. Die geschlossene Innovationskette und die Energieverbundstrategie seien durch Investitionsentscheidungen gefährdet. Er forderte dazu auf, darüber nachzudenken, welcher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden könne, der auch sozial und wirtschaftlich nachhaltig sei. Er äußerte Verständnis für das Vorgehen der Energieversorgungsunternehmen, den Preis für die Emissionshandelszertifikate in die Gestehungskosten mit einzubeziehen. Auch sein Haus würde entsprechend vorgehen, sofern das vom Markt akzeptiert wird.

Diese Fragen wurden auch von den Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE.), Hans-Josef Fell, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Andreas Jung (CDU/CSU), Rolf Hempelmann (SPD) und Gudrun Kopp (FDP) in der anschließenden Podiumsdiskussion diskutiert.

Die Präsentation von Dr. Tacke steht ab dem 05. März 2007 zum Download für Sie bereit: www.zukunftsenergien.de

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Im Rahmen des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet die Auseinandersetzung mit aktuellen energiepolitischen Themen im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen statt.

Kontakt:

Katja Freitag -
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de

10243 Berlin